

EU, England und der Brexit

Zwei Jahre lang hat die EU mit England über den Brexit verhandelt. Premierministerin May hat im Unterhaus jetzt nicht nur eine Niederlage erlitten, es war eine Demütigung: 432 Abgeordnete, darunter 118 Mitglieder ihrer eigenen Tory-Partei, stimmten gegen den Austrittsdeal. In der EU herrscht nun Ratlosigkeit. Eines der Probleme ist, dass die Brexit-Anhänger im britischen Parlament jedes weitere Zugeständnis mitnehmen und prompt weitere Forderungen stellen würden. Mays überraschend hohe Niederlage im Parlament hat diesen Eindruck noch verstärkt. So gut der Grundgedanke eines EU-Ausstiegs ist, so schwer ist die Umsetzung, wie sich an dem Beispiel in England zeigt. Natürlich ist es dabei auch im Interesse der verbleibenden EU-Staaten, dass England mit seinen Austrittsbemühungen scheitert, denn dies könnte zur Folge haben, dass sich weitere Länder zu einem entsprechenden Schritt wenig motiviert sehen.



Für 165 000 Euro ist Anfang Januar ein Ivorer mit einem Landsmann von den Behörden zur Elfenbeinküste geflogen worden. Grund für Luxus-Abschiebung per Privatjet am Düsseldorfer Flughafen: Der 26-Jährige hatte bei vorigen Abschiebeversuchen so heftig randaliert, dass Beamte mit ihm wieder umkehren mussten, weshalb das Innenministerium keinen erneuten Versuch unternehmen wollte, ihn im Linienflugzeug abzuschicken. Auch hieran zeigt sich wieder deutlich, warum die grenzenlose Zuwanderung nicht nur kulturell und aus Sicherheitsgründen ein Fiasko war und ist, sondern auch wirtschaftlich betrachtet. In nahezu allen Fällen trägt nämlich der Steuerzahler die Kosten der Rückführung, auch wenn diese von dem abgelehnten Asylbewerber aufgebracht werden müssten.

Bündnis der Nachbarländer gegen Merkel und Macron

Was wir Republikaner uns für Deutschland wünschen, wird von den Ungarn bereits praktiziert. Victor Orbán will sein Land vor Massenmigration schützen und ruft alle migrationskritischen Kräfte in Europa zur Zusammenarbeit auf. Gemeinsam müsse man der Migrationspolitik, wie sie Macron vorschwebt, entgegenzutreten, teilte er mit. Er befürchtet eine Spaltung Europas in zwei Zivilisationen und erklärte, dass er sein Land vor der EU-Politik und Macrons Plänen schützen wolle: Er wolle keine Massenmigration in sein Land lassen. Mit dieser Ansicht ist er innerhalb Europas nicht alleine und erhält Unterstützung aus Polen und Rom. Damit sprechen befreundete Nachbarländer aus, was viele kritische Bürgerinnen und Bürger in Deutschland denken und fordern. Der Unterschied ist bisher, dass unsere Regierung noch gegen das eigene Volk arbeitet. Daher sind neue Mehrheiten notwendig, damit endlich wieder eine Politik für den Erhalt unserer Identität stattfindet.

Bundesverfassungsgericht prüft Hartz IV Sanktionen

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt über die Hartz-Sanktionen. In den bisherigen Verhandlungen ließen die Richter schon bei der Anhörung einige Fälle unberücksichtigt, die besonders umstritten sind. Bisher darf der Staat die Leistungen für Hartz-Bezieher kürzen, wenn sie ihre Mitwirkungspflichten verletzen. In welchem Umfang die Kürzungen zulässig sind wird verhandelt. Die Sanktionen gegen Hartz-Empfänger unter 25 Jahren, die besonders hart ausfallen können, würden in dem Verfahren nicht thematisiert, erklärte das Gericht. Im Raum steht auch die Frage, ob das Jobcenter Leistungen kürzen darf, wenn Hartz IV-Empfänger Termine versäumen. Ein

Großteil der Sanktionsfälle wird aber nicht Gegenstand des Verfahrens sein. Zum Beispiel wenn Bezieher von Arbeitslosengeld II ihren Meldepflichten nicht nachkommen und etwa einen Termin unentschuldig versäumen. Bisher wird die Regelleistung um zehn Prozent gekürzt. Zuletzt entfielen 77 Prozent der Sanktionen auf Terminversäumnisse und Verletzungen von Meldepflichten. Das Gericht beschränkt sich damit auf eine Minderheit von Fällen: Jene, bei denen die Regelleistung um 30 Prozent oder mehr gekürzt wird, etwa wenn Empfänger ein Job-Angebot nicht annehmen oder eine Weiterbildungsmaßnahme nicht antreten. Darum geht es auch bei dem Fall, den das Sozialgericht Gotha an die Verfassungsrichter verwiesen hat: Ein Arbeitsloser mit

einer Ausbildung im Bereich Logistik hatte eine Stelle als Lagerarbeiter ausgeschlagen, weil er sich für eine Stelle im Verkauf bewerben wollte. Das Jobcenter strich ihm daraufhin die Leistungen des Regelbedarfs um 30 Prozent.

Grundsätzlich ist eine Reformierung der ALG-2 Gesetze zwingend notwendig. Häufig treiben bereits die niedrigen Sätze Bezieher in Umstände, die kaum mehr ein Leben auf Grundniveau ermöglichen. Andererseits sind wir Republikaner aber auch der Meinung, dass der geringe Anteil der latenten Arbeitsverweigerer härter bestraft werden muss. Im Zweifel dienen sie gerne als abschreckendes Beispiel für angebliche Arbeitsunwilligkeit.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Landesparteitag NRW

Am 26.1.2019 findet in dem größten Bundesland der nächste Landesparteitag statt. Gewählt wird ein neuer Landesvorstand, der den Verband u.a. in die nächsten Kommunalwahlen 2020 führen wird. Bereits jetzt entwickeln sich die lokalen Kreisverbände positiv und aktuell werden drei weitere Verbände neu gebildet, bzw. reaktiviert, damit auch hier die Voraussetzungen für einen Wahlantritt frühzeitig erfüllt werden können. Aufgrund der Größe und hohen Migrationsquote zählt NRW aber auch zu den schwierigsten Gebieten in Deutschland. Besonders im Ruhrgebiet kippen immer mehr Regionen und Parallelwelten verfestigen sich. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich hier eine starke freiheitliche und soziale Opposition schrittweise etabliert. Wir Republikaner arbeiten bereits seit langer Zeit an diesem Projekt und werden es in den kommenden Jahren weiter fortsetzen.

Wenn Bundesländer für ihre Bankbeteiligten Steuergelder versenken

Nach den Finanzkrisen der Banken lautete das Versprechen der Politik, es würden künftig keine Banken mehr gerettet. Nach dem verlustreichen Debakel um die HSH Nordbank droht aber erneut eine solche Rettung auf Kosten der Steuerzahler. Wenn Niedersachsen einen Wettbewerb über Schönrednerie in der Politik starten würde, hätten Peter-Jürgen Schneider und Reinhold Hilbers beste Chancen auf den die ersten Plätze. Der eine war bis November 2017 Finanzminister, der andere folgte ihm auf dem Posten. Beide übten sich darin, die desaströse Lage der Norddeutschen Landesbank (NordLB) zu verharmlosen, quasi mit Amtsübergabe.

Vor allem wegen der faulen Schiffskredite, die die Bremer in den Konzern einbrachten, musste die NordLB 2016 einen Verlust von fast zwei Milliarden Euro verkraften.

Kaum hatte der CDU-Kandidat seinen Kollegen von der SPD als Finanzminister und Chef des Aufsichtsrates der NordLB abgelöst, folgte die Kehrtwende. Vorher Kritiker und dann wurde das Problem beschönigt. Frei nach dem Motto, erst einmal gewählt, dann wird nach Lust und Laune relativiert. Inzwischen fehlen um die 3,5 Milliarden Euro und das ohne Berücksichtigung aller Fortschritte bei der Sanierung. Die Bank erreichte 2017 wieder einen Gewinn von 195 Millionen Euro. Ungeachtet dessen schnitt der Konzern beim Stresstest der Europäischen Bankenaufsicht vergangenen Herbst unter den acht geprüften deutschen Großbanken am schlechtesten ab. Das wirtschaftliche Problem muss insbesondere das Land Niedersachsen lösen, denn diesem gehören 60 Prozent der Bank.

Unterschriftensammlung in Brandenburg

Der Landesverband Brandenburg hat Ende Dezember die Kandidaten für die anstehenden Landtagswahlen gewählt. Die Unterschriftensammlung ist bereits angelaufen und über 2000 bestätigte werden benötigt, damit unsere Partei auf dem Stimmzettel stehen darf. Das Formular können Sie online auf unserer Seite herunterladen, ausfüllen, unterschreiben, ausdrucken und zusenden. Hier der Link zum Formular auf unserer Internetseite:

<https://www.die-republikaner.net/landesverbände/brandenburg/>

BKA geht gegen arabische Clans vor

Das BKA will die Verbrechen von türkisch- und arabischstämmigen Clans genauer ins Visier nehmen. Im nächsten Bundeslagebild zur Organisierten Kriminalität wird es erstmals ein Kapitel geben mit dem Titel "Kriminelle Mitglieder von Großfamilien ethnisch abgeschotteter Subkulturen". "Die Kriminalität von Angehörigen türkisch- und arabischstämmiger Großfamilien zeichnet sich durch eine grundsätzlich ethnisch abgeschottete Familienstruktur aus, die unter Missachtung der vorherrschenden staatlichen Strukturen, deren Werteverständnis und Rechtsordnung eine eigene, streng hierarchische, delinquente Subkultur bildet", sagte eine BKA-Sprecherin.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Ihren Aufnahmeantrag finden Sie hier: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.